



Abonnementpreis: Seite 90 Pf. (General-Anzeiger) 60 Pf. ...
Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

„Berliner Tageblatt“ und „Landes-Zeitung“ ...
Verleger: Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 44 43. Jahrgang und Handels-Zeitung Sonntag 25. Januar 1914

Siehe die illustrierte Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel“ Nr. 8.

Politische Wochenschau.

Abwärts Zahren. — Der dekorierte Oberst. — „Trübe Fluten.“ — Demokratie gegen Aristokratie. — Der Dreifreitag. — Sozialer und wirtschaftlicher Stillstand.

Zum zweiten Male wurden am Freitag die Zähler der Borgänge vor das Forum des Reichstags gezogen. Den äußeren Anlaß der von der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei gestellten Interpellationen bilden diesmal die Verhandlungen des Strafverfahrens gegen den Oberst v. Reuter. Aber letzten Grundes drehte sich die Debatte noch immer um die Kernfrage, ob die Militärgerichtsbarkeit über Recht und Verfassung hinweggehen dürfe, oder ob sie im bürgerlichen Recht ihre notwendige Schranke finde.

Die Dekoration zwischen der ersten und der zweiten Zahren-Interpellation beweist, daß dem Oberst v. Reuter kein Verstoß in die bürgerliche Rechtsphäre nichts geschadet hat, eher im Gegenteil. Das dieser bedeutende Einzelvorgang nicht gerade dazu beitragen konnte, die Mißstimmung in der Reichsversammlung zu dämpfen, verstand sich von selbst. Es konnte denn auch nicht weiter überflüssig, daß sich die erste reichsständische Kammer durchaus der Auffassung der zweiten Kammer anschloß und wie diese einmütig gegen die Überhöhung ähnlicher Verhältnisse sichere Garantien verlangte. Es stimmt in dieser Beziehung durchaus mit der übergehenden Mehrheit des deutschen Reichstags überein.

Nur ist leider noch die Frage, ob die gebotenen Garantien auch wirklich gemäß dem allgemeinen Rechtsempfinden des Volkes gewahrt werden sollen. Soviel ist ja gewiß, daß die Reaktionen von 1820, die fast ein Jahrhundert hindurch ein lähmendes Zersetzungsvermögen nicht in ihrer bisherigen Gestalt weiter existieren wird. Es war bereits bekannt, daß der Kaiser eine Nachprüfung der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs angeordnet habe. Am Freitag hat der Reichstag nun hinzu-gefügt, daß diese Prüfung mit möglichster Beschleunigung durchgeführt und die Zusammenstellung mit ihrem Ergebnis in Einklang gebracht werden solle. Vornehmlich wird also gesehen, um wenigstens für die Zukunft einer neuen Auflage des Zähleregiments vorzubeugen. Ob aber die in Aussicht gestellten Maßnahmen dazu ausreichen werden, das steht noch sehr dahin. Der fortschrittliche Initiativantrag über den militärischen Waffengebrauch und die Anträge der übrigen Parteien stellen wenigstens einen sehr dankenswerten Versuch in dieser Richtung dar. Daß sich die Mehrheit vom 2. Dezember hinter sie stellte, war um so bedeutungsvoller, als die Vertreter der verbündeten Regierungen sich der Beratung gütlich fernhielten. Es wird am Reichstag liegen, bei der Stange zu bleiben und zu verhindern, daß die Reform behandelt, wie es leider mit der Verfassungssache nach dem Novemberdebatten von 1908 der Fall gewesen ist.

Zurück insofern muß man sich klar sein, daß eine kleine Korrektur der gesetzlichen Bestimmungen über die militärischen Rechte und Pflichten nicht ausreichen würde, um die sehr starke Erregung des Volkes über die Zähler Borgänge und ihre Konsequenzen zu beseitigen. Zahren war schließlich nur ein besonders deutliches Symptom der deutschen Gegenwart. Herr v. Bethmann-Hollweg konnte sich in seiner Weise der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Zähler Borgänge nicht nur ein Symptom der deutschen Gegenwart, sondern ein Symptom der europäischen Demokratie sind. Die soziale Demokratie mit einzigem Epizentrum verfolgte, und die Sozialdemokratie, die die fauerliche Gewalt unter ihren Zwang bringen wollte, sah, die herrschenden Kräfte täten besser, an ihre eigene Bräut zu schlagen und sich zunächst einmal die ernste Frage vorzulegen, was sie selbst tun müßten, um die Wunde in der bisher nur herummantelt wurde, zu heilen. Der Wille dazu ist, wenigstens im großen Maßstab, vorhanden. Die Frage kommt, gewiß vorhanden. Nur ist nach der Meinung einer bestimmten Gruppe, die von dem Kern des deutschen Bürgerturns getrennt wird, dazu noch etwas mehr nötig, als

ein Lob des Bestehenden und zumal der deutschen Armee. Diese Armee will niemand, dem es Ernst mit der Kulturmission des Deutschen Reiches ist, verkleinern. Aber deshalb kann man sehr wohl die bestimmte Forderung aufstellen, daß auch die Armee die Gesamtinteressen des deutschen Volkes anordnet, daß sie, was sie heute noch nicht in allen Stücken ist, zu einem wirklichem Volksherr werden muß.

Das ist erfreulicherweise bei der Interpellationsdebatte vom letzten Freitag mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck gekommen. Wenn am 3. Dezember der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach aussprach, was ist, so waren es am letzten Freitag die beiden Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, der Abgeordnete v. Vixti und der Abgeordnete Blum, die die wirklichen Volksmeinung zur Debatte gestellt verhalten. Der Abgeordnete v. Vixti ging dem „fabelhaften Mauthedenismus“ mit den schärfsten juristischen Waffen auf den Leib, und der Abgeordnete Raumann ließ gegenüber den preussischen Parteiführern den Gedanken des einen und freien Landtags leuchten. Klärung vor Menschen, Klärung auf volksmäßigem Empfinden, Genau, mit Verstand, Menschlichkeit gepaart, das ist es, was gefordert werden muß, was das deutsche Volk über die Zähler Klippe glücklich hinwegkommen soll. Soviel immer bisher gefordert worden ist, hier liegt die Möglichkeit, peinliche Konflikte auszugleichen und für die Zukunft zu verhindern. Aber man wird sich leider fragen müssen, ob es bis zu diesem Ziele noch einen weiten Schritt zurücklegen gilt. Man wird noch nicht einmal die Sicherheit aus den Debatten der letzten Woche mitnehmen können, daß auch nur der erste Wille zu dieser wohlthätigen Politik der Verhöhnung vorhanden ist.

In einer Beziehung allerdings hat die letzte Woche bereits eine gewisse Klärung gebracht. Die letzten Freuden haben eine Schlappe erlitten, von der sie nicht so leicht erholen werden. Sie hatten es auch so toll getrieben, daß es zum Bruch kommen mußte. Der Preussentag des neugegründeten Preussensbundes glaubte ungefragt das ganze deutsche Volk herausfordern zu können. Wohl noch nie, solange das Deutsche Reich besteht, ist so ungeheures noch ein Beschimpfung des Reichstags und der Verachtung der übrigen deutschen Stämme geübt worden, als auf dem Preussentag, der noch dazu in einem Raume des preussischen Abgeordnetenhauses tagen durfte. Aber es stellte sich sehr bald heraus, daß auch die Geduld der übrigen deutschen Volksstämme eine Grenze hat. Aus Bayern kamen so stürmische Proteste gegen die Großpreusserei und Verunglimpfung, die sich ein Redner des Preussentages erlaubt hatte, daß man wohl auch an den letzten Stellen der Reichsregierung flüchtig geworden ist, und selbst die konservative Partei sah sich genötigt, von dieser fompromittierlichen Gesellschaft etwas abzurufen. Aber mit behörigenden Worten allein ist es nicht getan. Der Abgeordnete v. Vixti hat am Freitag eine sehr wahre Bemerkung gemacht, als er sagte, daß der Gegensatz von Monarchie und Demokratie nur künstlich sei. Der Gegensatz der Demokratie ist die Aristokratie, die unter dem monarchischen Deckmantel besser ihre Geschäfte machen wolle. Um es noch deutlicher zu sagen: Es ist das preussische Junkertum, das in dem seiner Natur nach auf die große Masse gestellten deutschen Reichstag seinen eigenen Feind sieht. Deshalb war es nun ganz folgerichtig, daß ein Redner des Preussentages vom Reichstag als von einer „gemeintlichen Gesellschaft“ und einer „Klotz“ sprach. Für das Volk ist umgekehrt die wichtige Aufgabe, das preussische Junkertum in die ihm gebührende sehr engen Schranken zurückzuweisen.

Der Kampf um die Volksherrschaft bedeutet nur einen Teil dieser Aufgabe. Es kommt nicht minder darauf an, durch soziale und wirtschaftliche Reformen die Volksherrschaft zu entwickeln. Und auch auf diesen Gebieten ist leider von dem heutigen Kurs der Reichsregierung wenig oder nichts zu erhoffen. Stagnation in sozialpolitischen wie in wirtschaftlicher Beziehung, das war das Programm, das der Staatssekretär des Innern Dr. Ledebur am Dienstag im Reichstag proklamierte. Wenn es nach dem Willen der preussischen Regierung geht, dann wird in der Sozialpolitik erst einmal eine längere Pause eintreten. Mögen immer die Mißstände auf dem Arbeitsmarkt sich als höchst bedrohlich herausstellen, mag die Arbeitslosigkeit sehr bedeutenden Umfang annehmen, die Reichsregierung hält alles, was noch auf sozialpolitischen Gebiet zu tun bleibt, noch nicht für fruchtbar. Und die gleiche Zurückhaltung nimmt sie sich in der Wirtschaftspolitik an. Die Reichsregierung hat im Herbst 1902 gewaltig durchgedrückte Zolltarif, dessen Mangel und Minderwertigkeiten sich nicht beseitigen lassen, soll einfach bestehen bleiben, wie er ist. Das ist an absehbarer Zeit ein gründlicher Wandel unserer Sozialpolitik nicht zu erwarten, die damit hatte man sich wohl oder übel hätte schon abgeben. Daß aber überhaupt nichts an dem bestehenden Zustand geändert werden sollte, das heißt denn doch die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse verweigern. Allerdings ist in diesem Falle die Reichsregierung nicht völlig Herr ihrer Entschlüsse. Wenn Herr Dr. Ledebur erklärt, daß die Regierung nicht die Absicht habe, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen, so muß er doch die vorläufige Einschränkung machen: ein Wille. Denn das deutsche Reich ist nun einmal weit davon entfernt, einen in sich geschlossenen Sonderstaat darzustellen. Es ist in Ausübung und Einfuhr auf das Ausland in sehr umfassendem Maße angewiesen. Und das Ausland scheint sich doch etwas

gegen die ihm zugedachte Rolle, an den bestehenden Verhältnissen nicht zu rütteln, zu sträuben. Von ökonomischer Seite ist bereits erklärt worden, daß eine einfache Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages undenkbar sei. Wenn das bereits von unserem eigenen Bundesgenossen erklärt wird, so darf man wohl annehmen, daß die übrigen Vertragsstaaten gleichfalls einige Wünsche geltend machen werden. So wird schon das Ausland dafür sorgen, daß wir wirtschaftlich nicht völlig einschlafen. Aber für das heutige Regime ist es allerdings sehr bezeichnend, daß es immer erst angehalten werden will, ehe es sich zu einer Tat aufrafft. Um so notwendiger ist es, gegenüber dem herrschenden Stillstand, der in Wirklichkeit ein Stillstand ist, die Gedanken des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Der Londoner Schmiegelderprozeß.

Teure Anflagen.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)
London, 24. Januar.
Die heutige Verhandlung im Armeekontinentalland, in dem gegen acht Militärpersonen, die für die Verwendung von Kontinentallieferungen Schmiegelder angenommen haben und gegen acht ehemalige und jetzige Angestellte der Firma Vinton, die diese Schmiegelder angeboten und bezahlt haben, verhandelt wird, hat neue Enthüllungen gebracht. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte heute nämlich mit, daß noch weitere unter Anklage gestellt werden: Oberleutnant Wittaker, der frühere Kommandant des in Malta stationierten zweiten Bataillons des leichten Infanterieregiments von Yorkshires und James Robb, der frühere Kapitän für Vinton in Malta. Als Kommandant des Walliser Bataillons, für das Vinton die Kontinentallieferungen hatte, konnte Wittaker die Verträge mit Vinton aufrechterhalten oder aufheben, und um sich die Freundlichkeit Wittakers zu sichern, sandte ihm Robb jedes halbe Jahr einen Scheck, der dreitausend Mark betragen zu haben scheint. Der Vertreter der Anklage wies dann weiter auf die Tatsache hin, daß hier ein Fall vorliege, in welchem Militärs, die von der Seite aufgeben hätten und deren finanzielle Lage sie nicht von allen Verbindungen schlichte, systematisch und unangelegentlich von Mannern in Verbindung gebracht würden, die ihrerseits nur die Befehle ihrer Vorgesetzten und eines mächtigen wirtschaftlichen Konzerns ausführten. Die hauptsächlichsten seien also die Befehlenden, nämlich die Direktoren von Vinton, Winto und Gansfield, die wie bereits vor acht Tagen erwähnt wurde, zu den angeklagten Militärpersonen gehören. Namentlich Winto hatte das ganze Schmiegeldvergehen in der Hand und organisiert das ganze Schmiegeldgeschäft. Nach ihm bediente sich Gansfield des gleichen Schemas, wenn auch nicht ganz in derselben Ausdehnung. Aus einer Liste geht hervor, daß im Geschäftsjahre 1909 von einem einzigen Angestellten, Säuger, der in diesem Bereich als Zeuge auftritt, 15 500 Mark für Schmiegelder bezahlt wurden. Am nächsten Freitag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die albanische Anleihe.

Zwanzig Millionen Voranschlag.
Wie wir erfahren, nehmen die Verhandlungen über die albanische Anleihe einen günstigen Verlauf. So daß diese Frage im Prinzip als geregelt angesehen werden kann. Da mit der Lösung der Anleihe die letzten Schwierigkeiten entfallen, die einer Kreiere des Prinzipen zu Wien nach Albanien noch entgegenstanden, erscheint die Ankunft des neuen Fürsten in Durazzo im Laufe des nächsten Monats als gesichert. Auf die Anleihe, die 75 Millionen Kronen betragen und von allen Mächten garantiert werden soll, wird zunächst ein Betrag von zwanzig Millionen zur Auszahlung gelangen. Es soll für die Vergütung der Verwaltung und der Zinsen verwendet werden. Ein größerer Betrag wird zur Verbesserung der bestehenden und zur Anlage neuer Straßen dienen.

Die serbischen Interessen in Albanien.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)
Belgrad, 24. Januar.
Der neue serbische Gesandte Spalajkovič hat sich in Gesprächen mit Journalisten über einige politische Fragen geäußert und dabei erklärt, Serbien stehe vor der schweren Aufgabe einer Neuordnung auf der Balkanhalbinsel. Man könne aber gegenwärtig noch nicht mit voller Ruhe die einzelnen Vorgänge auf dem Balkan betrachten. Für Serbien sei es aberaus wichtig, daß in Albanien alles ruhig bleibe, weil sonst die Wehrkraft Serbiens gefährdet werde. Außerdem fordere Albanien wirtschaftliches Interesse, so daß es wohl an der Zeit wäre, den Bau der Adriabahn zu verwirklichen. Was Bulgarien betreffe, so seien alle Mängel über serbische Verdringung in Mazedonien völlig unbegründet. Die Bevölkerung sei mit dem neuen Regime zufrieden. Die griechisch-serbischen Beziehungen seien heute in keinem Ausmaß in dem zwischen beiden Staaten einzeln existierenden Beziehungen. Auch mit Rumänien stehe Serbien in freundschaftlichen Beziehungen, da beide Staaten von dem Wunsch befreit seien, das Gleichgewicht auf dem Balkan aufrecht zu erhalten. Die Beziehungen zur Türkei